

Abstimmung zu Afghanistan-Einsatz

"Es geht um den Morbus Bush"

Korruption, Drogen und ein nicht zu gewinnender Kampf: Warum der CSU-Abgeordnete Peter Gauweiler heute gegen eine Verlängerung des Bundeswehr-Einsatzes in Afghanistan stimmen will.

Ein Interview von Heribert Prantl



Peter Gauweiler
Foto: Reuters

SZ: Warum sind Sie gegen die Verlängerung des Afghanistan-Mandats für die Bundeswehr? Sind Sie vom Morbus Lafontaine erfasst?

Peter Gauweiler: Es geht nicht um einen Morbus Lafontaine, sondern um den Morbus Bush. Der Konflikt in Afghanistan kann nicht mehr militärisch gewonnen werden. Die Mandate hatten das Ziel, erstens die afghanischen Staatsorgane bei der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit zu unterstützen und zweitens Terroristen zu fangen.

Diese Mandate sind nicht mehr erfüllbar, auch deswegen nicht, weil sich der afghanische Staatsapparat partiell mit Drogenbanden und dem organisierten Verbrechen verbunden hat und von Korruption beherrscht wird.

SZ: Das könnte auch dafür sprechen, das Mandat auf Drogen- und Korruptionsbekämpfung auszudehnen.

Gauweiler: Wie soll das geschehen? Die Zahl der Soldaten verdoppeln oder verdreifachen? Selbst das würde nichts an der Tatsache ändern, dass der Einfluss der neuen Narco-Mafia bis in die Spitzen der präsidentialen Administration in Kabul zu reichen scheint.

SZ: Also Hals über Kopf weg?

Gauweiler: Nein - aber angesichts der geschilderten verheerenden Entwicklung ist ein "Weiter-so" ausgeschlossen. Eine verantwortliche Politik muss auch auf einer Exit-Strategie bestehen.

SZ: Wer, wenn nicht die deutschen Soldaten, soll dort die Polizei anleiten und unterstützen?

Gauweiler: Die Regierung in Kabul ist ja nicht einmal bereit, den dringenden Ratschlägen Deutschlands im Polizeiwesen zu folgen. Präsident Karsai persönlich lässt Provinzpolizeichefs auf ihren Posten, die der organisierten Kriminalität zuneigen und den Interessen lokaler Warlords dienen. Darunter ausgerechnet den Polizeichef der Drogenprovinz Badakshan, der Provinz also, die zum Einsatzgebiet der Bundeswehr gehört.

SZ: Sollen die deutschen Soldaten nun dableiben oder abziehen?

» Während in Kabul die Drogenbarone unter dem Schutz der Nato spektakuläre Paläste bauen, verslumt die Bevölkerung immer mehr. «

Gauweiler: Es droht die Irakisierung des Konflikts in Afghanistan. Der Einsatz in Afghanistan hat zwar eine klare völkerrechtliche Grundlage - im Gegensatz zum völkerrechtswidrigen Krieg im Irak.

Aber ansonsten springen die Parallelen zum Irak immer mehr ins Auge: Eine steigende Zahl von Selbstmordattentaten, immer mehr Gefallene bei den westlichen Verbündeten, und auf der US-Seite die Einbeziehung privater

Sicherheitsdienste, also angeheuerte Söldner mit all den Verhaltensweisen, die damit verbunden sind.

SZ: Also Rückzug?

Gauweiler: Jedenfalls eine grundsätzlich neue Strategie: Das ganze Wortgeklingel von "Enduring freedom" und "Security assistance force" kann nicht mehr darüber hinwegtäuschen, das in den letzten zwölf Monaten die Mohnproduktion in Afghanistan unter tätiger Mithilfe des von uns gestützten Regimes um 40 Prozent gestiegen ist.

Während in Kabul die Drogenbarone unter dem Schutz der Nato spektakuläre Paläste bauen, verslumt die einfache Bevölkerung der Vier-Millionen-Stadt immer mehr.

SZ: Sollte nicht Deutschland darauf warten, dass das UN-Mandat geändert oder beendet wird?

Gauweiler: Wir können mit unserem Beispiel darauf guten Einfluss nehmen.

SZ: Wo bleibt "die Verteidigung Deutschlands am Hindukusch"?

Gauweiler: Der Spruch war stets unpassend und nicht zu Ende gedacht.

SZ: Also außer Spesen nichts gewesen?

Gauweiler: Man soll den Reichtum an Erfahrung nicht geringschätzen.

(SZ vom 28. September 2006)